

(A) (Mai [GRÜNE])

Elternbeiträgen - das kann ich Ihnen schon jetzt sagen
- nicht zustimmen.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper
[GRÜNE])

Kommen Sie doch mit solchen Vorstellungen einmal
bei der Wohnungsbauförderung! Da wäre es ange-
bracht, daß jeder den gleichen Betrag steuerlich ein-
sparen kann oder ausbezahlt bekommt.

(Zustimmung des Abgeordneten Dr. Vesper
[GRÜNE] - Zuruf des Abgeordneten Schultz
[SPD])

Der Landtag ist gefordert zu entscheiden: Ist uns die
Betreuung der Kinder, das Ausbauprogramm, so
wichtig, daß wir dafür mehr ausgeben wollen, oder
wollen wir uns doch lieber noch ein paar Landes-
straßen mehr - mal eben 50 Millionen DM sind zu-
geschustert - oder ein bißchen mehr Diätenerhöhung
leisten? Der Minister hat am Mittwoch in der Frage-
stunde gesagt: Nachher ist man immer schlauer. Ich
empfehle, beim nächsten Mal doch gleich auf die zu
hören, die vorher schon schlauer sind. - Danke schön.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sehr gut!
- Beifall bei den GRÜNEN)

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich darf, da weitere Wort-
meldungen nicht bestehen, die **Beratung schließen**.

Wir stimmen über die Überweisung des Gesetzent-
wurfes an den Ausschuß für Kinder, Jugend und
Familie - federführend - und an den Ausschuß für
Kommunalpolitik ab. Wer zustimmen möchte, den
bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe. -
Stimmenthaltungen? - Danke schön. Das ist so be-
schlossen.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

(C)

Achtes Gesetz zur Änderung des Abgeordnetenge- setzes

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/4599

zweite Lesung

Ich weise auf die Beschlußempfehlung und den Be-
richt des Hauptausschusses Drucksache 11/4642 hin
und eröffne hiermit die **Beratung**.

Ich erteile das Wort Frau Kollegin Fischer für die
SPD.

Abgeordnete Fischer (SPD): Herr Präsident! Meine
Damen und Herren! Wir haben uns nach sorgfältiger
Abwägung dafür entschieden, diesen Gesetzentwurf
gemeinsam mit den Fraktionen der CDU und der
F.D.P. vorzulegen. Die sorgfältige Abwägung beruht
auf einem Kommissionsbericht, aufgrund dessen auch
die Präsidentin letztendlich ihren Vorschlag erarbeitet
hat. Wir halten dieses System der Berechnung, ent-
wickelt von einer unabhängigen Kommission, für
richtig.

(D)

Trotz allem haben wir uns entschieden, unter der
errechneten Marge zu bleiben, weil wir damit ein
politisches Signal in Richtung eines Solidarpaktes
setzen wollten. Der Hauptausschuß hat dem Gesetz-
entwurf zugestimmt; auch die SPD-Fraktion wird ihm
so zustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Klose: Nächster Redner ist Herr
Kollege Hardt. Ich erteile ihm für die CDU-Fraktion
das Wort.

(A)

Abgeordneter Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte vier kurze Bemerkungen machen.

Erstens: Ich habe am Mittwoch in der ersten Lesung einige grundsätzliche Ausführungen gemacht. Diesen haben ich heute nichts hinzuzufügen.

Zweitens: Wir wollen, daß der Gesetzentwurf zum 1.1.1993 wirksam wird. Die Erhöhung um 3,5 % - also zwei Drittel des Vorschlags der Präsidentin - halten wir angesichts der kommenden Tarifrunden für vertretbar. Wir liegen damit unter dem Inflationsausgleich. Die übrigen Vorschläge der Frau Präsidentin wollen wir komplett übernehmen.

Drittens: Der Abgeordnete des größten Flächenlandes hat nach unserer Auffassung ein Anrecht auf eine angemessene Entschädigung. Diese dient auch der Unabhängigkeit des Abgeordnetenmandats.

Vierte Bemerkung: Gestern habe ich den Bericht der Kommission zur Überprüfung der Angemessenheit der Bundestagsdiäten, deren Vorsitzender der Präsident des Bundesarbeitsgerichts, Prof. Dr. Kissel, ist und in der die Präsidentin des Bundes der Steuerzahler, Frau Dr. Tiemann, mitgewirkt hat, erhalten und natürlich mit großer Aufmerksamkeit gelesen. Die Kommission kommt im Oktober 1992 - das ist also das letzte Ergebnis auf diesem Gebiet - zu dem Ergebnis, daß die Diäten der Bundestagsabgeordneten um 4,7 % und die Kostenpauschale um 3,9 % angehoben werden können. Ich stelle dazu fest: Wir bleiben eindeutig darunter. Deshalb kann uns keiner, meine Damen und Herren, für diese Diätenerhöhung für 1993 ein schlechtes Gewissen einreden.

Wir stimmen dem Gesetzentwurf in zweiter Lesung zu.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Vesper, ich darf Ihnen das Wort erteilen.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um gleich bei dem

(C)

letzten anzufangen, Herr Kollege Hardt! Das ist es ja, was wir begehren: Wir wollen ja eine Kommission haben. Aber Sie haben einen Kommissionsantrag nur als Show-Antrag in dieses Parlament eingebracht, den Sie seit vier Monaten liegen lassen.

(Zuruf des Abgeordneten Kuhl [F.D.P.] - Weitere Zurufe)

- Ja, Sie doch nicht. Die CDU und die SPD haben ihn doch eingebracht, Herr Kuhl. Sie müssen sich einmal informieren.

Wir wollen doch eine Kommission, die über die ganze Frage der Abgeordnetenentschädigung nachdenkt.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Die hatten wir doch längst!)

Meine Damen und Herren, wir hatten vorgestern eine denkwürdige Ausschußberatung. Die anderen Fraktionen hörten sich unsere Ausführungen freundlich an, ließen sich dadurch aber nicht beeindrucken, wie man heute sieht. Keine Fragen, keine Wortmeldung, Abstimmung! Der Gesetzentwurf wurde durchgezogen.

(Zuruf des Abgeordneten Hardt [CDU] - (D)
Weitere Zurufe von der CDU)

Wir sind nicht grundsätzlich zu jedem Zeitpunkt gegen jede Diätenerhöhung, aber sie muß erstens begründet sein - dazu haben wir vorgeschlagen, eine unabhängige Kommission einzusetzen, die uns alle berät -

(Zurufe von allen Seiten)

und die Erhöhung muß zweitens in die konjunkturelle Landschaft passen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Dieses Thema scheint Sie alle ja sehr zu freuen. Hier kommt richtig Leben in die Bude. Das freut mich.

(Weiterhin Zurufe von allen Seiten)

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

Die Diätenerhöhung muß zweitens in die konjunkturelle Landschaft passen, und das ist hier ganz eindeutig nicht der Fall. Meine Damen und Herren, das wissen Sie auch. Anders ist Ihre Eile und Ihre Vorgehensweise auch gar nicht zu erklären.

(Beifall des Abgeordneten Appel [GRÜNE] - Widerspruch bei SPD, CDU und F.D.P.)

Sie wissen ganz genau, daß die Konjunktur schlechter werden wird und daß den Bürgerinnen und Bürgern weitere Belastungen aufgebürdet werden. Wir haben vor zwei Tagen darüber gesprochen. Sie wissen genau, daß die Arbeitslosenzahlen steigen

(Zuruf des Abgeordneten Schultz-Tornau [F.D.P.])

und daß die gesamtwirtschaftliche Lage im Dezember schlechter sein wird als heute im November.

Natürlich wollen Sie die Abstimmung über die Diätenerhöhung auch nicht in die Nähe der Haushaltsberatungen bringen und dort debattieren, also in die zeitliche Nähe jener Appelle und großen Worte, wenn die Politiker wieder von allen anderen Bereitschaft zum Verzicht fordern werden.

(B)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Dr. Vesper, ich muß Sie einmal unterbrechen. Wollen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Kraft zulassen?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Wenn es nicht wieder um die Tiefgarage geht, Herr Kraft, bitte schön. Ich fürchte Ihre Zwischenfragen nicht.)

- Bitte schön!

Abgeordneter Dr. Kraft (SPD): Herr Kollege Dr. Vesper, seit Sie hier zum erstenmal über Diäten gesprochen haben, nämlich 1990, seit Sie im Landtag sind, sagen Sie: Nullrunde ist noch zu wenig, Kürzung ist besser. Und dann haben Sie zwei Maßstäbe genannt, nämlich das Durchschnittseinkommen der erwerbstätigen Bevölkerung, das heißt 36 000 DM pro Jahr, bzw. Sozialhilfesatz.

(C)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Kraft, Sie müssen fragen.

Abgeordneter Dr. Kraft (SPD): Herr Vesper, meine Frage, weil Sie das selbst als Maßstab für sich genommen haben, nämlich zwischen 15 000 und 36 000 DM im Jahr: Bitte teilen Sie diesem Hohen Hause mit - sind Sie dazu bereit? -, wie viele Hunderttausende von Mark seither aus öffentlichen Kassen hier in diesem Haus an Sie geflossen sind!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Herr Kraft, ich hatte gehofft, daß Sie in den zwei Tagen einmal in sich gehen und nicht wieder das niedrige Niveau von Tiefgaragen und sonstigen Dingen in diese Debatte bringen.

(Heiterkeit - Zurufe)

Sie wissen ganz genau, daß ich immer gesagt habe: Wir sind nicht gegen eine angemessene Finanzierung von Politik und auch von Politikern, aber sie muß begründet werden und begründet sein. Deswegen schlagen wir ja die Kommission vor. Ich verstehe gar nicht, Herr Kraft, warum Sie eine solche Angst haben, das einmal von unabhängigen Fachleuten überprüfen zu lassen.

(D)

(Zurufe von der CDU - Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Kannst du denen mal sagen, was wir an den Ökofonds abgeben?)

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Dr. Vesper, wollen Sie eine weitere Frage zulassen?

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Von Herrn Kraft nicht mehr. Da ist mir das Niveau einfach zu tief. Das muß ich ganz offen sagen.)

Kollege Kern würde auch gerne eine Frage stellen.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Ja, bitte, aber Herr Paus hatte sich zuerst gemeldet.)

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

- Herr Paus kommt dann an die Reihe. Herr Kollege Kern, bitte schön!

Abgeordneter Kern (SPD): Herr Kollege Vesper, wenn ich mich recht erinnere, haben Sie im Sommer 1990 erklärt, daß Ihre Partei überlegt, auf die Kfz-Pauschale zu verzichten. Kann es sein, daß ich jedwede Aktion von Ihrer Fraktion in diese Richtung übersehen habe?

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Das haben Sie in der Tat, Herr Kern. Wir haben diskutiert, ob wir einen Dienstwagen anschaffen. Ich habe es vorgestern bereits gesagt: Wir haben ihn nicht angeschafft.

Ich kann Ihnen aber gerne mitteilen, daß die Abgeordneten der GRÜNEN-Fraktion aufgefordert sind - das habe ich hier voriges Jahr im einzelnen vorgetragen -, große Beträge aus ihren Diäten an die sogenannten Ökofonds abzugeben, damit mit diesem Geld sinnvolle Projekte finanziert werden können. Wir halten uns daran; wir tun das.

(B) Ich möchte in dieser Plenardebatte aber gar nicht in eine Einzeldiskussion einsteigen. Es ist schon seltsam, wie Sie versuchen, sich einen Heiligenschein anzuziehen. Meine Damen und Herren, das wird Ihnen nicht gelingen. Die Öffentlichkeit ist bezüglich dieses Themas sehr sensibel. Das spüren Sie instinktiv; und deswegen machen Sie hier einen solchen Aufstand. Ich bitte daher auch, jetzt in meinem Beitrag fortfahren zu dürfen.

Vizepräsident Dr. Klose: Also keine weiteren Fragen?!

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Ja. - Wir möchten also eine grundlegende Beratung.

(Abgeordneter Hardt [CDU]: Kriegen Sie auch!)

- Bisher haben Sie uns noch nicht signalisiert, Herr Hardt, daß Sie unserem Antrag zustimmen werden.

(C)

Ich werte Ihre Äußerung dann als Ankündigung, daß Sie das in den Ausschußberatungen tun werden.

Wir finden, daß die 1,7 %, die Sie hinter dem Vorschlag der Präsidentin zurückbleiben, zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung sind. Besser wäre es aber gewesen, auch den zweiten und dritten Schritt zu tun und in diesem Jahr auf eine Anhebung ausnahmsweise zu verzichten.

Ich weiß, daß viele Kolleginnen und Kollegen im Saal, aber auch in den anderen Parlamenten ganz genauso denken. Vorgestern habe ich Ministerpräsidenten und Fraktionen aus anderen Landtagen sowie viele andere Zeitzeugen genannt, die ähnlich denken und einen solchen Vorschlag unterstützen.

Denn der Vorschlag einer Erhöhung um 5,23 % spiegelt eine Konjunktur, die wir längst nicht mehr haben. Er hinkt hinter der sozialen und wirtschaftlichen Wirklichkeit meilenweit hinterher. Wenn wir ihn übernommen hätten, hätten wir mehr verloren, als durch 1,7 oder sogar 5,2 % Einkommen zu gewinnen gewesen wäre.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Vizepräsident Dr. Klose: Danke schön. - Herr Kollege Tschoeltsch hat um das Wort gebeten. Ich erteile es ihm für die F.D.P.-Fraktion.

Abgeordneter Tschoeltsch (F.D.P.): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Vesper, ich wende mich direkt an Sie. Was wir hier heute wieder und was wir am Mittwoch erlebt haben, waren typische Debattenbeiträge der GRÜNEN.

(Allgemeiner Beifall)

Auf Kosten Dritter und ausschließlich aus populistischen Gründen

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Gegen die eigene Überzeugung allerdings!)

(A) (Tschoeltsch [F.D.P.])

verbreiten Sie hier Halbwahrheiten, Herr Kollege.

Zwei Beweise!

Pressemeldung der GRÜNEN vom 3. Juli: "Diäten für Abgeordnete senken. Dr. Vesper spricht sich dafür aus, die Diäten um 5,23 % zu senken." - Wo ist denn Ihr Antrag dazu geblieben?

(Allgemeiner Beifall)

Das haben Sie doch gar nicht beantragt! Ihnen geht es immer nur um die Schlagzeilen.

Einen zweiten Punkt, Herr Kollege; und das finde ich nun wirklich unfair! Wir verabreden im Ältestenrat, daß wir zu Beginn des Jahres 1993 eine Überprüfung der Alimentation der Abgeordneten unter Einbeziehung aller Gesichtspunkte vornehmen. Dies war eine gemeinsame Absprache im Ältestenrat, daß wir alles überprüfen und in diesem Zusammenhang auch überlegen werden, eine unabhängige Kommission einzusetzen. Dann stellen Sie sich am Mittwoch hier hin, greifen aus der bisherigen Regelung ein, zwei Punkte heraus, die wir novellieren wollen, und tun so, als wenn wir noch die alten Position hätten und die alte Position halten wollten. Das ist doch gar nicht der Fall.

(B)

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Sie haben sich dazu noch nie kritisch geäußert! Von einer Absprache im Ältestenrat weiß ich nichts!)

Herr Kollege, das ist unredlich.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich muß an dieser Stelle noch eine generelle Bemerkung machen. - Bei allem Disput, der zwischen uns besteht, wenn wir über Nordrhein-Westfalen sprechen: Nordrhein-Westfalen zählt zu den reichsten Ländern weltweit. Unsere Bevölkerung hat mit den höchsten Lebensstandard weltweit. Dies ist eine Aufbauleistung,

(C)

die viele - ich sage: viele - in den letzten 40 Jahren erbracht haben:

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Sie müßten sich einmal reden hören!)

primär die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in diesem Land. Aber auch andere haben ihren Beitrag dazu geleistet: die Unternehmen, die Unternehmer und - einen ganz bedeutenden Beitrag - die Gewerkschaften, aber auch die Politiker. Es gab in den letzten 40 Jahren Hunderte und Tausende von Politikern im Bund, im Land und in den Kommunen, die ihren Beitrag dazu geleistet haben, daß es uns so gutgeht.

(Allgemeiner Beifall)

Das waren Sozialdemokraten, Christdemokraten und Freie Demokraten. Alle haben sie ihren Beitrag geleistet. Und da nehme ich nicht hin, daß Sie, Herr Dr. Vesper und DIE GRÜNEN, mit Ihren Beiträgen hier im Plenum einen ganzen Berufsstand diskreditieren. Das lassen wir uns nicht gefallen!

(Allgemeiner Beifall)

Der Gesetzentwurf von SPD, CDU und F.D.P. schlägt eine angemessene Erhöhung der Diäten vor: 3,5 %. Wir stimmen diesem Gesetzentwurf zu.

(D)

(Allgemeiner Beifall)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, ich schließe hiermit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Hauptausschuß hat in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 11/4642 empfohlen, den Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/4599 unverändert anzunehmen. Wer dieser Beschlußempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(Unruhe)

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Eine Stimmenthaltung. Danke schön. Dann ist der Gesetzentwurf in zweiter Lesung verabschiedet.

Ich darf Ihnen das Wort erteilen, Herr Kollege Walsken.

Abgeordneter Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Damit hier keine Irrtümer über die Motivation entstehen, möchte ich ausdrücklich erklären, daß ich gerne dem Vorschlag der Präsidentin gefolgt wäre.

(Beifall bei der SPD - Unruhe - Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE] [auf die Reihen der SPD-Fraktion weisend]: Wir müssen mal feststellen, wer bei der SPD alles geklatscht hat! Da sind mehr für 5,23 % als für 3,5 %)

Vizepräsident Dr. Klose: Meine Damen und Herren, ich rufe jetzt Punkt 6 der Tagesordnung - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

(B)**Gesetz zur Verbesserung der Haushaltskontrolle**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2403

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Haushaltskontrolle
Drucksache 11/4429

zweite Lesung

in Verbindung damit:

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
Drucksache 11/2404

und

(C)**Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen**

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 11/2637 (Neudruck)

Beschlußempfehlung und Bericht des Hauptausschusses
Drucksache 11/4487

zweite Lesung

Ich eröffne hiermit die Beratung und erteile als erstem Redner Herrn Abgeordneten Grevener für die Fraktion der SPD das Wort.

(Abgeordneter Harms [SPD] spricht mit dem amtierenden Präsidenten.)

Jetzt spricht Herr Kollege Harms, angekündigt war Kollege Grevener. Ich nehme das gern zur Kenntnis. Bitte schön!

Abgeordneter Harms (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mit den vorliegenden Gesetzentwürfen von CDU und F.D.P. sollen die Befugnisse und Aufgaben des Landesrechnungshofes neu festgelegt werden. Das ist der Punkt, der eigentlich am Mittwoch behandelt werden sollte, aber heute zu diesem Tagesordnungspunkt 6 verlegt wurde.

Bei diesen Gesetzentwürfen bedarf es zunächst einmal der Änderung des Artikels 86 der Landesverfassung, und zum anderen müßten auch das Landesrechnungshofgesetz und die Landshaushaltsordnung geändert werden.

(Allgemeine Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Mit diesem Vorhaben hat sich auch der Landesrechnungshof in einer Vorlage im Mai befaßt. Der Vereinigte Senat hat hierzu eine Stellungnahme nach § 88 unserer Landshaushaltsordnung abgegeben. In dieser Stellungnahme zu diesen Gesetzentwürfen von F.D.P. und CDU kommt er zu dem Ergebnis, daß

(D)